

II-8345 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

Wien, am 14. Jänner 1993
GZ: 10.101/495-X/A/5a/92

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

3739/AB
15. Jan. 1993
zu 3924/J

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3924/J betreffend rechtliche Konsequenzen aus den Rechnungshofberichten Straßenbaugesellschaften, welche die Abgeordneten Wabl, Anschöber, Freunde und Freundinnen am 4. Dezember 1992 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkte 1 und 9 der Anfrage:

Welche Aktivitäten und Verfahren haben die zuständigen Behörden in den oben angeführten Angelegenheiten eingeleitet?

Gibt es außer Wien, Graz und Innsbruck noch andere Gemeinden, in denen diese Verfahren gerichtlich behandelt werden?

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 2 -

Antwort:

Nach den Informationen, die meinem Ressort zur Verfügung stehen, ist beim Landesgericht Innsbruck ein Verfahren anhängig, in dem alle strafrechtlich relevanten Wahrnehmungen des Rechnungshofes betreffend Straßensondergesellschaften untersucht werden. Einbezogen wurde in dieses Verfahren die Strafanzeige meines Ressorts betreffend ein Forschungsprojekt.

Punkte 2, 3, 4 und 5 der Anfrage:

Seit wann sind diese Verfahren im Gange und in welchem Stadium sind sie?

Wieviele Personen sind in diesen Angelegenheiten tätig? Halten Sie diese personelle Ausstattung - in Anbetracht der umfangreichen Materie - für ausreichend?

Gibt es bereits abgeschlossene Verfahren und wenn ja mit welchen Konsequenzen?

Wenn nein, warum nicht?

Hat es in diesen Verfahren von Seiten Ihres Ministeriums Weisungen gegeben?

Wenn ja, welche?

Antwort:

Die Beantwortung dieser Fragen fällt in den Bereich des Bundesministers für Justiz.

Punkte 6, 7 und 8 der Anfrage:

Hat es in diesen Verfahren und Aktivitäten eine irgendwie geartete Zusammenarbeit gegeben?

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 3 -

Wenn ja, welche?

Gibt es in diesen Verfahren von Seiten Ihres Ministeriums einen Schriftwechsel mit den zuständigen Behörden?

Wenn ja, was ist der Inhalt dieses Schriftwechsels?

Gibt es von Ihrem Ministerium eine wie immer geartete Einflußnahme auf die zuständigen Behörden (mündlich, schriftlich, telefonisch, etc.)?

Antwort:

In einem Schreiben vom 3. Oktober 1991 habe ich den Herrn Bundesminister für Justiz auf den Umfang und die Dringlichkeit der in Innsbruck geführten Verfahren besonders hingewiesen und ihn er-sucht, die seinem Ressort zustehenden Möglichkeiten voll auszu-schöpfen und das Verfahren zügig voranzutreiben. Der Herr Bundesminister für Justiz hat mir am 18. November 1991 dahingehend geantwortet, daß die Justizverwaltung der raschen Abwicklung des Verfahrens von vornherein besonderes Augenmerk zugewendet habe, personelle Vorkehrungen getroffen wurden und das Bundesministe-rium für Justiz den Fortgang dieses Strafverfahrens im Auge be-halten wird.

Die Straßensondergesellschaften ASTAG und PAAG haben sich dem Strafverfahren als Privatbeteiligte angeschlossen und auch Er-mächtigungen zur Strafverfolgung erteilt. Im Wege der Aktenein-sicht erfolgt, so weit möglich, die Informationsaufnahme über den Stand des Verfahrens.